

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 4

Artikel: Hundert Jahre SP Schweiz : eine Chronologie 1838 bis 1987
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340610>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

vergrößernde Theorie des Westens vom Arbeiteraufstand fand nicht seine ungeteilte Zustimmung. Beide Seiten bezichtigte Heym der «Geschichtsfälschung». Sein Romanheld, ein Gewerkschafter, wehrt sich zunächst gegen die Normerhöhungen, wendet sich dann aber gegen die streikenden Arbeiter. Ab 1956 häuften sich die Schwierigkeiten für Heym, trotz mehrerer Literaturpreise. Es kam zu einem aufsehenerregenden Disput mit Walter Ulbricht. Dennoch wurden seine Bücher in hohen Auflagen gedruckt. 1965 musste er sich gegen falsche Anschuldigungen des Politbüros wehren und bezeichnete seine Kritik als «gutes marxistisches Recht». Von nun an galt der eigenwillige, unberechenbare Sachse als unsicherer Kantonist. Doch einschüchtern liess er sich trotz weiterer Geplänkel keineswegs.

Heym schrieb zwei historische Romane, und zwar einen über den Badener Aufstand von 1849 «Lenz oder die Freiheit» sowie den biographischen Versuch über Ferdinand Lassalle, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der in der DDR nicht gedruckt werden durfte. Im Versuch über Lassalle ging es Heym nicht um blinde Heldenverehrung. Er verwies auf den Scheideweg zwischen revolu-

tionärem Aufbegehren und notwendiger taktischer Disziplin.

In der «Schmähschrift oder Königin gegen Defoe» zeigte Heym, wie dem Verfasser eines Pamphlets gegen die Regierung der Prozess gemacht wird. Doch da das Volk hinter Defoe steht, wird er vorm Pranger bewahrt. Im Gegensatz dazu steht die Figur des Ethan im «König-David-Bericht», wo der Dienst an der Wahrheit von den Massen nicht akzeptiert wird.

Ein stürmisches Echo löste der Roman «Collin» 1979 aus, was mit auf das Fernsehspiel mit Curd Jürgens und Hans-Christian Blech zurückzuführen sein dürfte. In diesem Konflikt zwischen zwei alten Kommunisten, die einst ihre Haut tapfer zu Markte trugen, zeigte sich, dass die alten antifaschistischen Ideale verblasst sind, weil sie mit der Wirklichkeit eines «roten Preussens» nicht übereinstimmen. Der Schriftsteller Collin leidet darunter, dass er seine Glaubwürdigkeit durch Anpassung verloren hat.

Das wohl originellste Buch von Stefan Heym ist der «Ahasver», eine höchst eigenwillige Umdeutung der Legende vom Ewigen Juden, den der Autor als Revolutionär interpretiert. Heym sieht die Entwicklung des obrigkeitshörigen Protestantismus in diesem auf drei

Ebenen spielenden Roman aus jüdischer Sicht recht skeptisch. Ein zum Superintendenten aufgestiegener Theologe und Dialektiker der Macht wird schliesslich vom Teufel geholt, und ein DDR-Professor für wissenschaftlichen Atheismus zeigt sich hilflos angesichts der Existenz des Ahasvers. Heym provoziert mit fein dosierter Ironie. Ahasver sorgt am Ende für die Rückkehr von Jesus auf die nach Gerechtigkeit dürstende Erde.

Zuletzt erschien sein im Jahre 1945 spielender Roman «Schwarzenberg», in dem Tatsachen in die Handlung verwoben sind. Im erzgebirgischen Kreis Schwarzenberg existierte ein besatzungsfreies Gebiet, in dem Antifaschisten für eine Verwaltung sorgten und mit dem Aufbau begannen. Heym plädiert hier für eine Form der Basisdemokratie, für eine «Revolution aus eigener Kraft».

Der für die SED, aber auch für einflussreiche Kreise in der BRD unbequeme Schriftsteller und Politiker auf eigene Faust ist soeben in der DDR auf lautlose, diskrete Weise rehabilitiert worden. Sein Roman «Ahasver» erscheint neben der Neuauflage eines älteren Titels im Buchverlag «Der Morgen». Ohne Zweifel dürfte die Figur des Ahasvers zu lebhaften Diskussionen in der DDR führen.

Im April erscheint das Jubiläumsbuch

Hundert Jahre SP Schweiz

Eine Chronologie 1838 bis 1987

Ende dieses Monats wird der Öffentlichkeit das offizielle Buch zum Jubiläum der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vorgestellt werden. Herausgeberin ist die Sozialdemokratische

Partei der Schweiz, die Karl Lang, Peter Hablützel, Markus Mattmüller und Heidi Witzig mit der umfangreichen Arbeit betraut hat. Zum Einstieg veröffentlichten wir aus dem Buch die

Chronologie der Ereignisse der SPS in den hundert Jahren ihres Bestehens. Sie wurde von Karl Lang erstellt und ist im Buch mit zahlreichen Texten und Illustrationen versehen. Auf das Buch

werden wir in der Mai-Nummer zurückkommen.

1838

Gründung des «Schweizerischen Grütlivereins» in Genf als patriotisch-demokratischer Arbeiterbildungsverein mit der Devise: Durch Bildung zur Freiheit!

1870

Erste, langfristig erfolglose Gründung einer Sozialdemokratischen Partei durch Herman Greulich (1842–1925).

1873

Gründung des ersten und sogenannten alten Arbeiterbundes, einer Zusammenfassung aller Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

1880

Auflösung des Arbeiterbundes. Gründung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und – wiederum ohne dauernden Erfolg – der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

1887

Gründung des zweiten oder sogenannten neuen Arbeiterbundes als Träger des Arbeitersekretariates mit Herman Greulich als erstem Arbeitersekretär.

1888

Der Schweizerische Arbeiter-tag in Bern vom 21. Oktober beschliesst die Bildung einer Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS). Verfasser des Programms ist Albert Steck. Parteiorgan ist der «Schweizerische Sozialdemokrat», herausgegeben von Albert Steck (1843–1899).

1889

Die SPS ergreift ihr erstes Referendum gegen die Bundesanwaltschaft; es scheitert an der Unterschriftenzahl.

1890

Erstmals 1.-Mai-Feiern in der ganzen Schweiz. Erste Wahl eines Sozialdemokraten in den Nationalrat: Jakob Vogelsan-

ger (1849–1923) von Zürich, Redaktor des «Grütlianners».

1891

Die SPS ergreift ihre erste Initiative, «Recht auf Arbeit».

1892

Jakob Vogelsanger wird als erster Sozialdemokrat in den Stadtrat von Zürich gewählt.

Aloys Fauquez (1859–1901) wird als erster Sozialdemokrat in den Grossen Rat des Kantons Waadt gewählt.

Gründung der SP Kanton Genf.

1893

3. Kongress der Sozialistischen Internationale in Zürich.

Gründung wichtiger sozialdemokratischer Zeitungen: «Berliner Tagwacht», «Basler Vorwärts» und «Centralschweizerischer Demokrat».

Gründung des Appenzeller Arbeiterbundes und des Baselbieter Bauern- und Arbeiterbundes.

1894

Mit Gottfried Reimann (1862–1909), Redaktor der «Uhrenarbeiterzeitung», wird als erster ein SP-Genosse Mitglied des bernischen Grossen Rates.

1895

Gustav Müller (1860–1921), Sekretär beim Eisenbahndepartement, wird Gemeinderat (Exekutive) in Bern.

Gründung der Zeitung «Le Peuple de Genève».

1896

Gründung der SP Kanton Neuenburg.

1897

Heinrich Ernst (1847–1934), Sekundarlehrer, wird als erster Grütlianner in den Regierungsrat des Kantons Zürich gewählt.

Fritz Thiébaud (1842–1908): erster Sozialist im Genfer Staatsrat (Exekutive des Kantons).

1898

Gründung des «Volksrechts» in Zürich. Jules Renaud wird als erster Sozialist Mitglied der städtischen Exekutive in Genf.

1900

Pfarrer Paul Pflüger (1865–1947) gründet den «Jungburschenverein Aussersihl» in Zürich.

Gründung des Partito socialista Ticinese (PST) durch Mario Ferri und der sozialistischen Jugendgruppe in La Chaux-de-Fonds durch Charles Naine.

1901

«Solothurner Hochzeit»: Förderativer Zusammenschluss des Grütlivereins mit der SPS. Gründung der «Aurora», des ersten Organs der Tessiner Sozialdemokraten.

1902

«Kapelle Greulich», bestehend aus Herman Greulich, Jakob Vogelsanger, Stephan Gschwind, Fritz Studer, Heinrich Scherrer, Paul Brandt und Alfred Brüstlein, zieht in den Nationalrat ein.

Eugen Wullschleger (1862–1931) wird in den Regierungsrat Basel-Stadt gewählt.

Generalstreik in Genf zur Unterstützung der Tramangestellten.

1904

Der Aarauer Parteitag genehmigt das von Otto Lang (1863–1936), Oberrichter in Zürich, verfasste Parteiprogramm auf marxistischer Grundlage.

1905

Gründung der sozialdemokratischen Tageszeitungen «Das Volk» in Olten und «Die Volksstimme» in St. Gallen.

Gründung der SP Kanton Bern, der SP Kanton St. Gallen und des Touristenvereins «Die Naturfreunde» in Zürich.

1906

Gründung der sozialdemokratischen Tageszeitungen «Freier Aargauer» und «Appenzeller Volkswacht».

Am Parteitag in Olten-Hammer steht erstmals die Armee im Zentrum der Diskussion. Die verabschiedeten Thesen wenden sich gegen den damals üb-

lichen Militäreinsatz gegen Streikende und gegen das bürgerliche Projekt einer neuen Militär-Organisation.

Gründung der SP Kanton Graubünden und SP Kanton Thurgau.

1907

Wahl des ersten SP-Stadtpräsidenten: Gottfried Reimann in Biel.

Gründung des «Skorpions», Kampfblatt der Jungburschen.

Am 1. Kommunaltag der SPS in St. Gallen referiert Paul Pflüger über «Wesen, Bedeutung und Ziele unserer Kommunalpolitik».

Versuch eines Generalstreiks im Kanton Waadt.

1908

Bei den Proporzahlen in Basel-Stadt wird die SP zur stärksten Partei.

Howard Eugster-Züst (1862–1932), Pfarrer und Präsident des appenzellischen Weberverbandes, wird in den Nationalrat gewählt.

Gründung der SP des Kantons Fribourg.

August Rikli (1864–1933), Arzt in Langenthal, wird als erster Berner Sozialdemokrat in den Nationalrat gewählt.

1909

Neugründung der SP Kanton Waadt unter der Führung von Charles Naine (1874–1926) und Paul Golay (1877–1951).

Gründung der Tageszeitung «Le Grutlén».

1910

Tod von Paul Brandt (*1852), dem ersten Pfarrer, der der SP beigetreten war.

Die SP-Volksinitiative zur Proporzwahl des Nationalrates wird abgelehnt.

1911

Statutenrevision mit dem Ziel, den Dualismus von Sozialdemokraten und Grütlianern zu überwinden. Lokale Grütlivereine und Mitgliedschaften sind jetzt als ganzes Mitglieder der SPS.

Die 18 Sozialdemokraten im Nationalrat bilden erstmals eine eigene Fraktion.

1912

SPS und Gewerkschaftsbund gründen gemeinsam die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale (SABZ).

Friedenskongress der Sozialistischen Internationale in Basel; grossartiger, aber gescheiterter Versuch der Arbeiter, den drohenden Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag von Neuenburg behandelt erstmals die Frauenfrage und verabschiedet nach einem Grundsatzreferat von Marie Walter (1872–1949) ein Thesenpapier.

Die Arbeiterinnenvereine treten in die SPS ein.

Gründung der «Thurgauer Arbeiterzeitung».

Lokaler Generalstreik in Zürich.

1913

Die SPS reicht eine neue Initiative zur Proporzwahl des Nationalrates ein. Sie wird in der Volksabstimmung von 1918 angenommen.

Parteispaltung im Tessin. Guglielmo Canevascini (1886–1965) gründet die «Libera Stampa».

1914

Die SP-Fraktion des Nationalrates – mit Ausnahme von Ernest-Paul Graber und Charles Naine – stimmt bei Kriegsbeginn den Vollmachten des Bundesrates und dem «Burgfrieden» bei.

Die Jungburschen eröffnen ihr ständiges Sekretariat mit Willy Münzenberg (1889–1940) in Zürich.

1915

Zimmerwalder Konferenz. Ihr Ziel ist, die bei Kriegsbeginn zerbrochene Sozialistische Internationale wieder zu beleben. Der Parteitag von Aarau heisst die «Zimmerwalder Beschlüsse» gut und lehnt Militärkredite ab.

SPS und Grütliverein trennen sich wieder voneinander.

1916

Konferenz von Kienthal.

Zur Propagierung der Zimmerwalder Beschlüsse entsteht in Bern die «Internationale Sozialistische Kommission» mit Robert Grimm (1881–1958) als Sekretär.

Unter dem Eindruck der zunehmenden Notlage finden mächtige Demonstrationen gegen die Teuerung statt. Allein in Basel nehmen etwa 10 000 Personen teil.

1917

Der Parteitag lehnt die Landesverteidigung ab, löst die Arbeiterinnenverbände auf und gründet eine zentrale Frauenagitationskommission.

Parteispaltung in Genf.

Wiedervereinigung der Tessiner Sozialdemokraten.

1918

Das von der SPS und dem Gewerkschaftsbund gegründete «Oltener Aktionskomitee» antwortet auf das Truppenaufgebot (vom Bundesrat auf Forderung von General Ulrich Wille beschlossen) mit dem Aufruf zum Landesstreik und stellt 9 Forderungen auf:

1. sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz
 2. aktives und passives Frauenstimmrecht
 3. Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht
 4. 48-Stunden-Woche in öffentlichen und privaten Unternehmen
 5. Reorganisation der Armee zu einem Volksheer
 6. Sicherung der Lebensmittelversorgung
 7. Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung
 8. Staatsmonopol für Importe und für Exporte
 9. Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden.
- An 107 Orten nehmen etwa 250 000 Streikende teil; Streik-

abbruch am 3. Tag nach Ultimatum des Bundesrates.

Gründung des Schweizerischen Sozialdemokratischen Schulvereins. Sein Zweck war die Pflege der proletarischen Tugenden, um die Kinder auf den Klassenkampf vorzubereiten.

1919

Lokale Generalstreiks in Genf, Zürich und Basel (Armeeaufgebot und Tote).

Erste Proporzahlen für den Nationalrat: die SPS verdoppelt ihre Mandate von 20 auf 41.

Gründung der SP Wallis.

Verlegung des Vororts der SPS von Zürich nach Bern.

1920

Der Parteitag beschliesst das neue Parteiprogramm: umstritten – inner- und ausserhalb der Partei – ist die «Diktatur des Proletariats».

Die führenden religiösen Sozialisten Max Gerber, Jean Matthieu, Clara und Leonhard Ragaz, Dora Staudinger publizieren «Ein sozialistisches Programm».

Die «21 Bedingungen» zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden vom Parteitag und von der Urabstimmung abgelehnt. Die Parteilinke (etwa 5000 Anhänger) tritt aus und gründet, zusammen mit den Altkommunisten und Jungburschen

1921

die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS).

Gründung der «Roten Revue», einer sozialistischen Monatschrift als «Organ theoretischer Auseinandersetzung und Bildung».

Rotes Biel: Die Sozialdemokraten erringen eine Mehrheit im Stadtrat; Guido Müller wird Stadtpräsident.

1922

SPS-Volksinitiative einer Vermögensabgabe wird dank massiver und perfider Gegenpropaganda mit der höchsten je er-

reichten Stimmbeteiligung (86,3%) abgelehnt. Ihr Ziel war Tilgung der Kriegsschulden und Mittelbeschaffung für Sozialwerke.

Guglielmo Canevascini wird als erster Sozialdemokrat Mitglied der Tessiner Kantonsregierung, dem Consiglio di Stato.

1924

Die «Lex Schulthess» wird in der Volksabstimmung verworfen. Einem Referendumskomitee, bestehend aus SPS, SGB und Angestelltenorganisationen, war es gelungen, den bürgerlichen Versuch, die gesetzlich verankerte 48-Stunden-Woche rückgängig zu machen, zu verhindern.

1925

SP-Mehrheit im Stadtrat der Industriegemeinde Arbon; ab 1928 SP-Stadtpräsident: August Roth.

1926

Beitritt der SPS zur II. Internationale. Ihr Sitz ist Zürich, Sekretär ist Friedrich Adler.

Der Parteitag beschliesst, zusammen mit dem SGB «eine Kommission zum Kampf gegen den Militarismus zu bestellen» und die Nationalräte anzuweisen, «auch in Zukunft das Militärbudget als Ganzes abzulehnen».

1927

SP-Frauentag verlangt die Einführung einer Mutterschaftsversicherung.

1928

Rotes Zürich: SP-Mehrheit im Gemeinderat und Stadtrat; Emil Klöti (1877–1963) wird Stadtpräsident.

Gründung des Landesverbandes Sozialistischer Kinderfreunde-Organisationen (LAS-KO), bestehend aus Elterngruppen und Roten Falken. Ihr Ziel lautet: «In einer gemeinsamen Front der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz müssen wir

der grossen Aufgabe, die Jugend in unserem Sinne zu erziehen, gerecht werden.»

1929

Der Parteitag spricht sich für eine Bundesratsbeteiligung aus. In der Bundesratswahl vom Dezember wird Emil Klöti als SP-Kandidat aufgestellt, aber nicht gewählt.

Das «Frauenrecht», die Zeitschrift der SP-Frauengruppen, erscheint.

1931

Aus den Nationalratswahlen geht die SPS als stärkste Partei hervor.

Gründung der ASASK, Arbeitsgemeinschaft schweiz. Arbeiter-Sport- und Kulturverbände.

1932

Massaker von Genf: Rekruten schiessen ohne Vorwarnung in eine antifaschistische Demonstration von Arbeitern.

1933

Der Parteitag lehnt das Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Partei ab.

Margarethe Kissel (1887–1962) wird hauptamtliche Sekretärin und Präsidentin der SP-Frauen.

Erste rote Kantonsregierung: SP-Mehrheit in Genf mit Léon Nicole als Präsident.

1935

Das vom Parteitag in Luzern beschlossene neue Parteiprogramm verzichtet auf die «Diktatur des Proletariats» und anerkennt die Landesverteidigung.

Als Aktionsprogramm beschliesst der Parteitag den «Plan der Arbeit». Ziel dieses Plans ist eine «wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz mit dem unmittelbaren Zweck, dem gesamten Schweizervolk eine auskömmliche Existenz zu sichern».

Die demselben Zweck dienende Kriseninitiative («Volksbegehren zur Bekämpfung der

wirtschaftlichen Krise und Not») wird unter dem Druck einer massiven, an die Angst um den Besitz appellierenden Gegenpropaganda abgelehnt. SP-Mehrheit im Regierungsrat Basel-Stadt.

Zürich wird Vorort der SP, Hans Oprecht (1896–1978) Parteipräsident.

1936

Karl Dellberg (1886–1978) wird erster SP-Nationalrat aus dem Wallis.

Gründung des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerks (SAH).

1937

Die SPS tritt der «Richtlinienbewegung» bei. Die «Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» gehen vom SGB aus und wollen eine Sammlung aller fortschrittlichen Kräfte über die Arbeiterbewegung hinaus.

1938

SP-Bundesratskandidat Emil Klöti wird zum zweiten Mal nicht gewählt.

1939

Léon Nicole (1887–1965) wird ausgeschlossen wegen seiner Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt. Er gründet die «Fédération Socialiste Suisse».

1942

Geprägt von den Erfahrungen der 30er Jahre – Faschismus und Krise –, beschliesst der Parteitag die «Neue Schweiz» als Aktionsprogramm für die Nachkriegszeit. Gefordert wird eine sozialistische Ordnung auf «freiheitlich-genossenschaftlicher Grundlage, in der Absicht, durch die Befreiung von der Herrschaft des Kapitals dem gesamten Schweizervolk Wohlstand und Kultur zu sichern». Die Armee wird anerkannt. Grosskonzerne sollen in Gemeineigentum überführt, Boden und Wohnung der Spekulation entzogen werden. Das Recht auf Arbeit soll gewährleistet werden.

1943

Sieg in den Nationalratswahlen: Mit 56 von 194 Sitzen wird die SP zur stärksten Fraktion. Ernst Nobs (1886–1957) wird als erster Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt.

Jules Humbert-Droz (1891–1971) tritt mit andern aus der KPS ausgeschlossenen Genossen in die SPS über.

1944

Gründung der «Partei der Arbeit der Schweiz» (PdA). Sie besteht aus ehemaligen Kommunisten, aus Dissidenten der SPS und aus parteilosen Linken.

Erste schweiz. «Arbeiterkulturwoche» in Zürich, mit Filmen, Autorenabenden, Ausstellungen, Vorträgen.

1946

Grosszügige Schenkungen von Max Weber ermöglichen die Gründung der Stiftung «Schweizer Arbeiterschule». Der angebotene Bildungsgang besteht aus zwei Kursen zu je vier Wochen in Rotschuo.

1947

Die 1943 mit 161000 Unterschriften eingereichte SP-Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» wird vom Volk in allen Kantonen massiv abgelehnt. Hauptursache für dieses Ergebnis ist die unerwartete Nachkriegskonjunktur mit Vollbeschäftigung. Das Bundesgesetz über die AHV wird in der Volksabstimmung angenommen. Damit wird eine Landesstreikforderung des Oltener Aktionskomitees endlich realisiert.

1951

In Frankfurt a.M. wird die Sozialistische Internationale neu gegründet.

Der Parteitag tritt für das ausserordentliche Rüstungsprogramm ein; kantonale Parteien beschliessen Ablehnung oder Stimmfreigabe.

Gründung der Zeitschrift «Le socialisme démocratique»,

theoretisches Organ zuerst der Genfer, später der Westschweizer Sozialdemokraten.

1953

Am Tag nach der Ablehnung der Bundesfinanzreform durch das Volk tritt Max Weber als Bundesrat zurück. Die Partei begibt sich wieder in die Opposition.

Die Arbeiterschaft demonstriert im überfüllten Kongresshaus seine spontane Sympathie.

1956

Sozialdemokraten solidarisieren sich mit den Aufständischen in Ungarn. Die PdA wird durch massenhafte Austritte und Übertritte in die SPS dezimiert. Kalter Krieg und Antikommunismus befinden sich auch in der SPS auf einem Höhepunkt.

1959

Der Parteitag in Winterthur beschliesst das neue Parteiprogramm. Es soll dem grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Wandel seit 1935 Rechnung tragen, «indem es die bisherige Parole der Solidarität der Arbeiter unter sich zur neuen Parole erweitert, die eine Solidarität der verschiedenen beruflichen Gesellschaftsschichten fordert und damit die Sammlung aller Menschen, die guten Willens sind, ins Zentrum rückt» («Berner Tagwacht»). Diese grundsätzliche, programmatische Umgestaltung wird auch von aussen intensiv beobachtet und als «grosser Schritt zu realistischer Beurteilung der Gegenwart» («NZZ»), aber auch als «Abschreibung des Sozialismus» («Vorwärts») beurteilt.

In den Bundesratswahlen erhält die Sozialdemokratie – entsprechend ihrer seit 1954 erhobenen Forderung – zwei Sitze: Willy Spühler und Hans-Peter Tschudi, letzterer anstelle des offiziellen SP-Kandidaten Walther Bringolf. Damit ist die

bis heute gültige «Zauberformel» (2-2-2-1) eingeführt.

1961

Gründung der «Vereinigung junger Sozialdemokraten der Schweiz», der ersten sozialdemokratischen Jugendorganisation seit dem 2. Weltkrieg. Ihre aktive Phase dauert bis 1971.

1962

Bern wird neuer Vorort der SPS: Umzug des Sekretariates, das seit 1936 in Zürich war. Wahl von Fritz Grütter zum Parteipräsidenten anstelle des zurücktretenden Walther Brinolf.

1963

Die Atomwaffen-Initiative der SPS, welche die Atombewaffnung der Schweiz einem Volksentscheid unterstellen wollte, wird abgelehnt.

Die «Basler AZ» erhält eine neue Redaktion – Helmut Hubacher wird Chefredaktor – und den neuen Namen «AZ-Abendzeitung».

Die SPS feiert ihr 75jähriges Bestehen und gibt sich ein «Arbeitsprogramm 1963–1967» mit dem Ziel, «die formale bürgerliche Demokratie auszugestalten zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie, mit dem Zwecke der Festigung der Menschenrechte und der Schaffung der Voraussetzungen für eine freie, harmonische Entwicklung der Persönlichkeit».

1965

Emma Kammacher wird Präsidentin des Genfer Grossen Rates. Damit ist zum ersten Mal eine Sozialdemokratin Präsidentin eines kantonalen Parlamentes.

Der Parteitag fordert – als personelle Konsequenz des Mirage-Skandals – den Rücktritt von Bundesrat Paul Chaudet sowie eine Begrenzung der Rüstungsausgaben.

1966

Der Parti Socialiste Neuchâte-

lois feiert sein 100-Jahr-Jubiläum.

Das Referat von Ueli Götsch, Zürcher Parteisekretär, über «Die Sozialdemokratie in der pluralistischen Gesellschaft», führt zu intensiver Diskussion in der Presse.

Am Lausanner Parteitag manifestiert sich bei der Vietnam-Resolution erstmals der Gegensatz zwischen dem Partei-Establishment und einer studentischen Jungen Linken. Nationalrat Max Arnold fordert in einem Postulat die Errichtung eines «Instituts für Konfliktforschung und Friedenssicherung».

Marie Böhlen wird Präsidentin der SP-Frauen.

1967

Die SP-Initiative gegen die Bodenspekulation wird verworfen.

Die «Rote Revue» erscheint neu unter dem Namen «Profil». Es wird betont, dies heisse nicht Abschied und auch nicht Urlaub vom Sozialismus: «Wir wollen lebensnahe und selbstleserlich verfasste Antworten auf Fragen unserer Zeit geben. Die ideologische Flurbereinigung gehört auf die Tagesordnung jeder Sozialdemokratischen Partei.»

1968

Der Parteitag beschliesst zwei Volksinitiativen: Ausbau der AHV zu einer Volkspension und Umwandlung der Wehrsteuer in eine als «Reichtumssteuer» konzipierte Bundessteuer.

Die Studenten- und Jugendunruhen in Zürich (Globuskrawall), Basel und Bern führen zu heftigem innerparteilichem Generationenkonflikt, aber auch zu Solidarität – oder zumindest Verständnisäusserungen – mit der rebellierenden Jugend.

1969

Spaltung in der Tessiner SP: Die Rebellen der «Politica

nuova» unter Werner Carobbio gründeten den «Partito Socialista Autonomo» (PSA).

Pierre Graber wird als Nachfolger von Willy Spühler in den Bundesrat gewählt.

Die SP Stadt Zürich portiert mit Emilie Lieberherr erstmals eine Frau für die Wahl in den Stadtrat.

1970

Zehn sozialdemokratische Tageszeitungen der deutschen Schweiz schliessen sich zum «AZ-Ring» zusammen. Er gerät bereits 1972 wegen finanzieller und personeller Probleme in die Krise.

1971

«Le Peuple-La Sentinelle», einzige SP-Tageszeitung der Romandie, geht ein.

Zusammenschluss verschiedener, aus der 68er Bewegung hervorgegangener progressiver Organisationen zur POCH.

Der Parteitag in Fribourg beschliesst das «Manifest 71».

1972

Der Armeekritiker Arthur Villard aus Biel wird nicht akzeptiert als Mitglied der Militärkommission des Nationalrates. Heftige, aber erfolglose Kämpfe der SP mit Bürgerblock und Offizieren. In der Partei werden die Grundprobleme «Armee und Regierungsbeteiligung» wieder akut und kontrovers.

Der Parteitag lehnt die PdA-Initiative für eine Volkspension ab und unterstützt das Dreisäulen-Modell.

Die «Zentralschweizer AZ» stellt das Erscheinen ein.

1973

Die Genossenschaftsdruckerei Zürich beschliesst die Einstellung der «Zürcher AZ». Damit ist der AZ-Ring gescheitert.

Willi Ritschard (1918–1983) wird als «erster Arbeiter», und gegen den offiziellen Kandidaten Arthur Schmid, in den Bundesrat gewählt.

1974

Rita Gassmann wird Nachfolgerin von Marie Böhlen als Präsidentin der SP-Frauen Schweiz.

Die Juso Schweiz verabschieden ihre Statuten und konstituieren sich damit als Jugendorganisation der SPS.

1975

Der Parteitag beschliesst eine Bodenrechtsinitiative und wählt Helmut Hubacher – als Nachfolger von Arthur Schmid – zum Parteipräsidenten.

1976

Die Mitbestimmungsinitiative von Partei und Gewerkschaftsbund sowie der Gegenvorschlag des Parlaments werden verworfen.

Die «Zürcher AZ» erscheint wieder, als Kopfblatt des «Freien Aargauers», ab 1978 unter dem alten Namen «Volksrecht».

1977

Pierre Aubert wird als Nachfolger von Pierre Graber in den Bundesrat gewählt.

In Basel lancieren SP, PdA und POCH gemeinsam eine Volksinitiative für umweltgerechte Gas-, Wasser- und Strompreise.

Die Zeitschrift der SP-Frauen erscheint unter dem neuen Titel «s'rote Heftli».

1978

Der Parteitag in Basel lanciert die Bankeninitiative und befürwortet – gegen den Willen von Parteivorstand und Willi Ritschard, Vorsteher des Energie-departements – die Atominitiative.

Die Tessiner SP kündigt das 1976 eingegangene Abkommen der drei Tessiner Regierungsparteien (FDP, CVP, SP) auf.

1979

In der Westschweiz bildet sich innerhalb der Partei die vorwiegend aus jungen Intellektu-

ellen bestehende linke «Groupe d'Yverdon», die für selbstverwalteten Sozialismus und den Bruch mit dem Kapitalismus eintritt.

1980

Aufschwung der Jungsozialisten (JUSO) mit Neugründungen in den Kantonen Graubünden, Solothurn und St. Gallen.

Ausgelöst durch die vom SP-Polizeidirektor verfolgte harte Linie gegen die Jugendunruhen, formieren sich in der SP Basel-Stadt vorwiegend ältere Genossen zur «Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter» (ASG).

Die «Rote Revue» erscheint wieder unter ihrem ursprünglichen Namen, mit Toya Maisen als verantwortliche Redaktorin.

1981

Die JUSO beschliessen die Lancierung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Armee. Der von Schriftstellern und Intellektuellen erarbeitete Entwurf eines neuen Parteiprogramms auf der Basis der Selbstverwaltung wird vom Parteivorstand und vom Parteitag abgelehnt.

Generationenkonflikt und unterschiedliche Haltung zu den Jugendunruhen veranlassen ältere Genossen zur Bildung der «Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Zürich» (SAZ).

1982

Zusammenschluss der SP Oberwallis mit dem «Kritischen Oberwallis» zur «Sozialistischen Partei Oberwallis».

Die in der ASG vereinten konservativen Kräfte treten aus der SP Basel-Stadt aus und gründen die «Demokratisch-Soziale Partei».

Der Parteitag von Lugano beschliesst das neue Parteiprogramm.

1983

Otto Stich wird als Nachfolger des im Amt verstorbenen Willi Ritschard in den Bundesrat gewählt. Das Scheitern der offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen erregt eine Grundwelle der Empörung und führt zur bisher umfangreichsten Debatte der Regierungsbeteiligung.

1984

Der Parteitag entscheidet sich gegen den Austritt aus dem Bundesrat. Die Anhänger eines Austritts treffen sich in Biel, verzichten aber auf eine Organisation der SP-Linken der Schweiz.

Die SP-Bankeninitiative wird nach einem finanziellen Gross-einsatz des Bürgertums vom Volk abgelehnt.

Die SP-Frauen beschliessen Beibehaltung der bisherigen eigenen Frauenstrukturen in der Partei.

Die «Thurgauer AZ» stellt ihr Erscheinen als Tageszeitung ein.

1985

Der Versuch einer Wiedervereinigung der SP Tessin mit dem PSA führt zur Parteikrise und zu Ausschlüssen und Spaltung.

1986

Rudolf Strahms Buch «Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug».

Intensive Diskussion in Sektionen und Presse über Zustand und Zukunft der SPS.

Der Parteitag beschliesst eine Volksinitiative für einen Ausstieg aus der Atomenergie.

1987

Nach einem im Zeichen des Umweltschutzes geführten Wahlkampf bringt die sogenannte «Hoffnungswahl» in die eidgenössischen Räte einen Sieg der unverrückbaren Stabilität des Bürgerblocks und eine Schlappe der Sozialdemokraten.

1.260-2
Zentralbibliothek
Zürcherplatz

8001 Zürich